

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 28.04.2014

**Ort: Mensa der Oberschule In den Sandwehen, Neuenkirchener Weg 119,
28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.58 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Ortsamtsleiter: Peter Nowack (Vorsitz)

Verwaltungsbeamter: Malte Wolpmann (Protokoll)

Beiratsmitglieder:

Heiner Böcker

Dennis Klingenberg

Grete Klinkmüller

Gabriele Kröger-Schurr

Anke Krohne

Karen Nieschlag

Andreas Pfaff

Alex Schupp

Eike Schurr

Ralf Schwarz

Hans-Gerd Thormeier, bis 20.00 Uhr

Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Nils Christahl, entschuldigt

Peter Geis, entschuldigt

Sascha Humpe, unentschuldigt

Helma Stitz, entschuldigt

Gäste

Roland Meins, Polizeirevier Blumenthal

Wolfgang Golasowski, Staatsrat SUBV

**Christoph Lankowsky, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr – Referat 52 –
Schienenverkehr**

Jürgen Motzkau, DB Netz AG

Manuel Almanzor, DB Netz AG

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzungen vom 10.02.2014 und vom 10.03.2014 und der nicht-öffentlichen Sitzung vom 07.04.2014
3. (19:10 Uhr) Nachwahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Handel und Gewerbe
4. (19:15 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
5. (19:25 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
6. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Bürgerantrag der Schulleitersprecher der Oberschule in den Sandwehen: „Verkehrssituation vor der Schule“
 - b. Bürgernachfrage: „Notwendigkeit von zusätzlichen Haltestellen der BSAG in Rehum“
 - c. Zwei Bürgeranträge zum Thema: „Errichtung einer ampelgesicherten Fußgängerüberwegung auf der Rehumstraße in Höhe der Hausnummer 11“
 - d. Bürgerantrag: „Aufstellung von Orts-Info-Tafeln“
 - e. Bürgerantrag: "Ausbau des Rad- und Fußweges zwischen Lüssumer Heide und Lüssumer Ring"
 - f. Bürgerantrag: "Spielplatz Neubaugebiet Eva-Seligmann-Straße"
 - g. Bürgerantrag: "Brunnen Marktplatz"
 - h. Bürgerantrag: "Aufklärung der rätselhaften Mess- und Analyseergebnisse am Tanklager Farge"
 - i. Bürgerantrag: "Leinenpflicht für alle Hunde ganzjährig"
7. (19:45 Uhr) Durchbindung der Regio-S-Bahn Linie 1 – aktueller Sachstand und Perspektiven dazu: Herr Staatsrat Golasowski (SUBV)
Herr Lankowsky (SUBV)
Hierzu ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen: "Neue BOB-Generation"
8. (20:10 Uhr) Informationen zum Flächennutzungsplan
dazu: Herr Thiemann, SUBV
9. (20:40 Uhr) Stellungnahmen:
 - a. Flächennutzungsplan (Frist bis 15.05.14)
 - b. Landschaftsprogramm (Frist bis 15.05.14)
 - c. Lärminderung (Frist bis 30.04.14)
 - d. Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und anderer schulrechtlicher Bestimmungen (Frist bis 16.05.14)
 - e. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025
10. (21:00 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. CDU – Antrag: Stadtteile auch weiterhin an der Planung und Steuerung des Kindergartenjahres beteiligen
 - b. SPD – Antrag: Verlegung der Bushaltestelle "Buschdeel"
 - c. Die Linke – (Dringlichkeits-) Anfrage: Kurzstreckentarif neu definieren
11. (21:15 Uhr) Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden, bedankt sich bei dem Organisationsteam der Oberschule In den Sandwehen für die Hilfe beim Aufbau und verliest die Tagesordnung. Anschließend wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Die Tagesordnung ist damit genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzungen vom 10.02.2014 und vom 10.03.2014 und der nicht-öffentlichen Sitzung vom 07.04.2014

Herr Nowack erklärt, es lägen keine Änderungswünsche zum Protokoll vor.

Herr Schurr merkt an, dass es zum Protokoll vom 10.02.2014 einen Einwand gegeben habe, die Genehmigung deswegen vertagt wurde und in der heutigen Sitzung behandelt werden müsse.

Der OAL erläutert, dass in dieser Sitzung nur über das vorliegende Protokoll abgestimmt werde, da die Genehmigung nur vertagt wurde. Ferner sei der Einwand auch zu spät eingegangen (am Sitzungstag um 17:52 Uhr) und verweist auf die fraktionsübergreifende Abmachung, dass Änderungswünsche zu Protokollen spätestens am Donnerstag vor der Sitzung im Ortsamt eingehen sollen. Zukünftig werden verspätet eingegangene Änderungsanträge nicht mehr aufgerufen.

Herr Nowack lässt über die drei Protokolle abstimmen.

Protokoll vom 10.02.2014:

6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 5 Enthaltungen

Protokoll vom 10.03.2014:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Protokoll vom 07.04.2014:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Alle Protokolle sind somit genehmigt.

TOP 3: Nachwahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Handel und Gewerbe

Herr Nowack erklärt, dass Frau Heike Spies (SPD) mitgeteilt habe, sie könne aus persönlichen Gründen in absehbarer Zeit ihr Mandat nicht wahrnehmen und es deshalb zurückgegeben müsse. Als vorschlagsberechtigte Fraktion hat die SPD Herrn Dennis Klingenberg als Nachfolger benannt. Der OAL fragt den Beirat, ob die Abstimmung öffentlich stattfinden könne oder eine geheime Wahl durchgeführt werden solle. Der Beirat spricht sich für eine öffentliche Wahl aus.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Herr Klingenberg ist somit als Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Handel und Gewerbe gewählt. Der OAL möchte wissen, ob er die Wahl annehme. Dies bejaht Herr Klingenberg.

TOP 4: Mitteilungen**a. aus dem Ortsamt****b. des Beiratssprechers**

a. Herr Nowack gibt folgendes bekannt:

- **Am 13. März fand ein Gespräch beim ASV statt. Es ging um die Frage, wo die Busumsteigestelle errichtet werden soll, wenn der Umbau des Busbahnhofs Blumenthal beginnt. Wir haben uns darauf verständigt, ein Provisorium auf dem ehemaligen Parkplatz der BWK zu errichten. Dadurch wird die Umbauzeit um rund sechs Monate verkürzt und wir können die Zeitverluste abfangen, die**

durch das Planungsverfahren zum Umbau des alten Bahnhofs entstanden sind. Baubeginn wird im Frühjahr 2016 sein und die Fertigstellung ist für den Herbst 2017 geplant.

- Am 14. März fand in Vegesack ein Gespräch statt, in dem erörtert werden sollte, ob es – gemäß des Beiratsbeschlusses – eine gemeinsame 75-Jahr-Feier für Bremen-Nord geben soll.

Mittlerweile hat der Beirat Vegesack ein solches Ansinnen abgelehnt und es wird keine gemeinsame Feier geben.

- Am 19. März fand auf dem Burgwall ein Freundschaftsspiel zwischen der SZ Blumenthal und der weiterführenden Schule der Gemeinde Notodden aus Norwegen statt. Wir haben am Rande des Spiels mit den Verantwortlichen darüber beraten, ob und welcher Form eine langfristige Zusammenarbeit mit einem kontinuierlichen Austausch ermöglicht werden kann.
- Am 26. März fand ein erneutes Plenum für die „Bildungsbrücke Blumenthal“ als „Initiative für mehr Chancengleichheit im Stadtteil“ statt. Es wurde beschlossen, dass die Initiative offiziell gegründet wird, nachdem es so viel positive Resonanz gegeben hat. Der Beirat hatte im Dezember beschlossen, das Projekt zu unterstützen und den Förderverein „Bürgerstiftung Blumenthal“ e.V. gebeten, die Trägerschaft zu übernehmen. Das ist geschehen und es wäre schön, wenn der Beirat Herrn Andreas Bähr mit der Vertretung seiner Interessen beauftragen könnte.
- Am 28. März fand auf Einladung von Bürgermeister Jens Böhrnsen ein Treffen mit der den Fraktionsspitzen des Beirats statt, um über die Möglichkeiten der Nutzung des ehemaligen Sortiergebäudes der BWK (Gebäude 43) zu beraten. Am 07. April wurden die Details in einer nichtöffentlichen Sitzung mit den Vertretern der Wirtschaftsförderung und dem Senator für Kultur erörtert. Wesentlich Neues gegenüber dem in den Medien bekannt gemachten Informationen war lediglich, dass man zum Ende des Jahres Planungen auf dem Tisch haben will und dass eine Lenkungsrunde eingerichtet wird, in der wir Sitz und Stimme haben.
- Am 24.04. hat die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie wesentliche Beschlüsse für unseren Stadtteil gefasst und Berichte der Verwaltung zur Kenntnis genommen:
 - VEP 55 – Umbau des Bahnhofes Blumenthal – öffentliche Auslegung
 - B-Plan 1250 Am Bodden-Nord – Beginn der Erschließung
 - Tanklager Farge: Wertverlust bei Grundstücken
 - Tanklager Farge: Masterplan für die Sanierung

Die Unterlagen liegen zum Download auf unserer Homepage bereit.

- Vor wenigen Tagen ist bei uns die Stellungnahme des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zum Bürgerantrag Turnerstraße vom 02. Mai 2013 eingegangen. Zugleich ist es auch eine Stellungnahme zum offenen Brief der IG Turnerstraße. Die Information ist umfangreich und wurde heute per Post an die IG versandt und liegt ab morgen zum Download auf unserer Homepage bereit.

3 b.
Keine

TOP 5: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Klinkmüller teilt mit, dass bereits das dritte Unternehmen, das für die Sanierung der Schule „Lehmhorster Straße“ zuständig ist sei, Insolvenz angemeldet habe. Dies bedeutet, dass sich die Bauarbeiten ein weiteres Mal verzögern würden, da erneut europaweit ausgeschrieben werden müsse. Die Anwahlzahlen verdeutlichen, dass viele Eltern ihre Schüler nicht auf diese Schule schicken möchten, da die Bauarbeiten nunmehr bis mindestens 2018 dauern würden. Stattdessen würden Eltern ihre Kinder an anderen Schulen anmelden. Durch die Pleiten der Unternehmen würden nicht nur die Kosten steigen, sondern auch der Schulstandort an sich sei in seiner Substanz gefährdet.

Die SPD-Fraktion möchte anregen, dass der Beirat Blumenthal ein Prüfungsverfahren fordert, ob festgelegt werden kann, dass sich ein Unternehmen, welches sich auf einen öffentlichen Auftrag bewirbt, die Auflage erhält, seine Solvenz durch eine Bankbürgschaft sicherzustellen.

Frau Klinkmüller bietet ferner an, dass die SPD-Fraktion sich gerne intensiv um das Thema kümmern. Dafür bietet sich eine Sitzung des Bildungsausschusses am 12.05.14 in der Lehmhorster Straße an.

Frau Kröger-Schurr ist überrascht, dass ein Bildungsausschuss am 12. Mai stattfinden soll. Darüber habe sie als Ausschusssprecherin noch keine Informationen erhalten. Ansonsten findet sie es fraglich, ob eine Bankbürgschaft der ausführenden Firma relevant sei. Hier zu könne der Staatsrat möglicherweise Auskunft geben.

Herr Golasowski ist mit dem Fall nicht vertraut und fragt noch mal nach dem genauen Sachverhalt.

Herr Nowack erläutert, dass die Schule an der Lehmhorster Straße umgebaut werde und nun bereits die dritte Firma Insolvenz angemeldet habe. In einem Gespräch im März wurde dann festgestellt, dass sich der Umbau bis 2018 verzögern werde. In der Zwischenzeit seien auch die Anwahlzahlen für das nächste Schuljahr veröffentlicht worden. Die Schule an der Lehmhorster Straße, die immer hervorragende Zahlen gehabt habe (Vierzügige Schule mit ca. 90 Anmeldungen), wurde bisher nur von 28 Schülern gewählt.

Weiterhin teilt der OAL mit, dass er am vorherigen Freitag von Frau Lueking (Senatorin für Bildung) angerufen wurde, die ihm mitgeteilt habe, dass die Planungen für das Schulzentrum an der Lehmhorster Straße überarbeitet werden müssten und die Schule zukünftig nur noch dreizügig weiterlaufen solle. Zusätzlich solle eine W&E-Klasse eingerichtet werden. Dies werde angeblich noch in der Deputationssitzung im Mai beschlossen. Vorher solle der Beirat miteinbezogen werden, damit er eine Stellungnahme zu dem Thema abgeben könne. Der 12. Mai sei demnach der einzige Termin an dem über das Thema gesprochen werden könne.

Der Termin, wäre ansonsten noch im Laufe der Sitzung bekannt gegeben worden.

Herr Nowack stellt die Frage in den Raum, dass wenn an einer Schulbaustelle drei Firmen insolvent gehen, der Auftraggeber nicht bestimmte Bürgschaften einfordern sollte, um sicherzustellen, dass das Unternehmen seinen Auftrag auch erfüllen könne.

Herr Thormeier kennt die Praxis aus seiner früheren Arbeit in der niedersächsischen öffentlichen Bauverwaltung etwas anders. Dort wurde, sofern der Mindestbietende in die Insolvenz gegangen ist, der zweitgünstigste Anbieter genommen und es lag ein Titel gegenüber dem Insolvenzverwalter über den Differenzbetrag vor. Es wäre auch zu prüfen warum Bremen dieses Verfahren nicht anwendet.

Herr Golasowski kann zu dem Fall an der Lehmhorster Straße nichts sagen, jedoch versichert er, dass generell eine Menge Informationen über den Auftragsnehmer eingeholt werden. Als Beispiel führt er den Ausbau der Straßenbahn Linie 4 an. Auch dort sei der Unternehmer Pleite gegangen. Dies sei zum Zeitpunkt der Vergabe jedoch überhaupt nicht absehbar gewesen. Ferner sei es manchmal günstiger insolvente Unternehmer direkt von der Baustelle zu werfen und neu auszuschreiben, anstatt alte Forderungen durchzusetzen. Frau Kröger-Schurr schlägt vor den Auftrag am 12. Mai im Bildungsausschuss zu beschließen.

Herr Nowack erläutert, dass es auf der Ausschusssitzung um die verminderten Anwahlzahlen und deren Konsequenzen für die Schule an der Lehmhorster Straße gehen soll und nicht explizit um die Insolvenz der beauftragten Firma.

Herr Thormeier erklärt, dass die Möglichkeit eine Vertragserfüllungsbürgschaft auszuhandeln bestehe, die öffentliche Verwaltung als Auftraggeber jedoch häufig davon abstand nehme, da sich dadurch die Auftragssummen erhöhen würden.

Die Mehrkosten würden, laut Herrn Nowack, bei ca. einem Prozent liegen. In dem Fall am Schulzentrum Lehmhorster Straße sei die Erhöhung bereits jetzt deutlich stärker ausgefallen.

Über den Prüfungsauftrag wird abgestimmt:

„Der Beirat Blumenthal bittet den Senat zu prüfen, wie zukünftig verhindert werden kann, dass mehrere Unternehmen an einer Baustelle insolvent gehen und dadurch der Fertigstellungstermin immer weiter verzögert wird.“

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Der Prüfauftrag ist damit angenommen.

Frau Kröger-Schurr bemängelt, dass Einladungen zu Veranstaltungen zur Blumenthaler Bildungsbrücke nicht an sie gesendet worden wären und findet es den anderen Beiratsmitgliedern gegenüber ungerecht, wenn gesagt würde, Herr Bähr habe als einziger Interesse gezeigt.

Der OAL widerspricht und teilt mit dass alle Termine auf den öffentlichen Beiratssitzungen bekannt gegeben worden seien und auch Pastor Klingenbeil-Jahr bei der Vorstellung im Dezember alle Personen um Mithilfe gebeten habe. Der Vorschlag Herrn Herr Bähr als Vertreter des Beirats in den Vertrauensrat der Bildungsbrücke zu wählen, komme von ihm, da Herr Bähr an allen bisherigen Treffen teilgenommen habe und sich überaus engagiert gezeigt hat. Die Personalie müsse jedoch nicht am heutigen Tage geklärt werden. Für weitere Vorschläge aus dem Beirat sei er offen.

Der nächste Termin des Plenums der Bildungsbrücke sei am 12.06.14 um 14 Uhr im Haus der Zukunft.

Herr Schurr teilt mit, dass die Treibsel immer noch nicht bereinigt wären. Ferner liegen auf der Skateranlage auf der Bahrsplate Scherben. Sie sollte gesäubert werden.

Herr Nowack stimmt dem zu. Zu den Treibseln erklärt er, dass dies bereits mit den Anwohnern geklärt sei und demnächst geschehe.

Frau Kröger-Schurr würde gerne die Immobilienstandortmanager für Sitzung im Juni einladen.

Der OAL erklärt, dass diese bereits sehr beladen und eine Einladung im September sowieso günstiger sei, da sie gerade an ihrem Abschlussbericht schreiben.

Frau Kröger-Schurr würde sich über eine bessere Absprache zwischen Kabelgesellschaft und ASV freuen. Die Martin-Luther Straße sei nämlich im Herbst gerade erst geflickt worden und werde nun wieder aufgerissen, weil dort Kabel verlegt werden müssten. Dies könne besser organisiert werden. Außerdem bittet Sie den Ortsamtsleiter um eine bessere Behandlung von jüngeren Beiratsmitgliedern, insbesondere wenn man der Politikverdrossenheit entgegenwirken möchte.

Herr Nowack erklärt, dass er alle Beiratsmitglieder gleichbehandeln würde.

Frau Krohne findet das Büro des Immobilienstandortmanagement sehe verwaist aus und man treffe dort nie jemanden an. Darüber hinaus sei im Schaufenster keine Info zu finden, wann es den besetzt sei.

TOP 6 Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- a. **Bürgerantrag der Schulelternsprecher der Oberschule in den Sandwehen: „Verkehrssituation vor der Schule“**
- b. **Bürgernachfrage: „Notwendigkeit von zusätzlichen Haltestellen der BSAG in Reikum“**
- c. **Zwei Bürgeranträge zum Thema: „Errichtung einer ampelgesicherten Fußgängerüberwegung auf der Rekumer Straße in Höhe der Hausnummer 11“**
- d. **Bürgerantrag: „Aufstellung von Orts-Info-Tafeln“**
- e. **Bürgerantrag: "Ausbau des Rad- und Fußweges zwischen Lüssumer Heide und Lüssumer Ring"**
- f. **Bürgerantrag: "Spielplatz Neubaugebiet Eva-Seligmann-Straße"**
- g. **Bürgerantrag: "Brunnen Marktplatz"**
- h. **Bürgerantrag: "Aufklärung der rätselhaften Mess- und Analyseergebnisse am Tanklager Farge"**
- i. **Bürgerantrag: "Leinenpflicht für alle Hunde ganzjährig"**

a. „Verkehrssituation vor der Schule“

Die CDU-Fraktion begrüßt den Bürgerantrag und Herr Schwarz erklärt, dass die frühere Aussage, dass die Straße zur Schule aufgrund des Tanklagerbetriebs weiterhin für Durchgangsverkehr geöffnet sein müsse nun nicht mehr gelten könne, da das Tanklager seinen Betrieb eingestellt habe.

Ohne weitere Diskussionen wird über den Antrag abgestimmt.
Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.
Dem Antrag wird somit zugestimmt.

b. „Notwendigkeit von zusätzlichen Haltestellen der BSAG in Reikum“

Herr Nowack erklärt, dass die neuen Haltestellen auf Wunsch der Einwohner der neuen Wohngebiete (Reeker Barg) errichtet worden seien.

Herr Schwarz empfindet die neuen Haltestellen dennoch als unsinnig, da es auf der kurzen Strecke bereits genug gebe. Außerdem sei die Kostenentwicklung durch den Wegfall des Kurzstreckentarifs für viele Bürger nicht mehr tragbar. Daher solle ein Prüfungsantrag an die BSAG gestellt werden, ob eine Ausweitung der Kurzstrecke auf sechs Haltestellen möglich sei?

Herr Schurr ergänzt, dass man doch die Dichte der Haltestellen pro Kilometer in dem Abschnitt ermitteln lassen solle und verweist auf die Anfrage von Frau Krohne zu den Kurzstreckentarifen. Man könne dies in die Anfrage mit einfließen lassen.

Frau Krohne hat keine Einwände gegen eine Zusammenfassung. Ihr sind die Kurzstrecken in Bremen-Nord viel zu kurz gefasst.

Der OAL fragt nach, wie nun weiter verfahren werden soll. Er würde jetzt zu erst über den Bürgerantrag abstimmen lassen.

Herr Schwarz teilt mit, dass er nichts gegen eine Zusammenfassung mit der Anfrage von Frau Krohne hätte und als gemeinsame Anfrage an die BSAG gestellt werden könne.

Herr Nowack möchte wissen, ob die Anfrage von Frau Krohne vollständig übernommen werden soll.

Dies bejaht Herr Schwarz.

Herr Nowack ist darüber verwundert warum Frau Krohne in ihrer Anfrage einen eigenständigen Tarif für Bremen-Nord fordert, wo man doch über Jahre für einen einheitlichen Tarif in Bremen gekämpft habe und dieser nun endlich 2015 eingeführt werden solle. Sollte dies so beschlossen werden, würde dies seiner Ansicht nach kein gutes Licht

auf den Blumenthaler Beirat werfen, da in der Anfrage ein gesonderter Tarif für Bremen-Nord gefordert würde. Somit würde sich der Beirat gegen einen einheitlichen Tarif für die Stadt aussprechen.

Frau Krohne weißt Herrn Nowack daraufhin, dass er zwei Dinge durcheinander bringen würde. Zum einen würde es um den Tarif gehen, wenn man mit dem Zug in die Stadt fahren würde, denn dies sei etwas ganz anderes als eine Fahrt mit der BSAG in das Stadtzentrum. Die BSAG habe den einheitlichen Tarif bereits.

Herr Nowack erklärt, dass er es anders aus der Anfrage lese. So dass Sie zwei unterschiedliche Tarifzonen fordern würde.

Herr Schurr liest dies anders, Frau Krohne spreche in der Anfrage von den Tarifzonen (101, 100) und Herr Nowack würde die Preisstufen(I und II) meinen. Die Preisstufen würden angeglichen, die Tarifzonen seines Wissens nicht.

Herr Thormeier verlässt die Sitzung.

Herr Nowack ist die Anfrage nicht schlüssig genug.

Frau Krohne bittet den OAL die Beeinflussung des Beirats zu unterlassen.

Herr Nowack erklärt, dass er den Beirat beraten und nicht beeinflussen möchte. Stattdessen versuche er aufzuklären und fragt Herrn Lankowsky, ob er mit dem Thema befasst sei.

Herr Langkowsky erläutert, dass die Tarifzone Bremen-Nord (101) für den Verkehr innerhalb Bremens wegfallen werde Die Preisstufen I und II seien damit auch Geschichte.

Frau Krohne erklärt, dass es sich nur um eine Anfrage und nicht um einen Umsturzversuch handle.

Herr Nowack verdeutlicht noch mal seine Bedenken, wenn die Anfrage angenommen werde, da sie eine zwingende Antwort und ein Verwaltungshandeln auslöse und seine Unterschrift unter dem Schreiben stehen würde.

Herr Schupp ist der Auffassung, dass der Bürgerantrag unterstützt werden könne, die Anfrage von Frau Krohne jedoch ein anderes Kernproblem behandle und deshalb später diskutiert werden solle.

Zusätzlich solle geprüft werden, warum in dem Abschnitt die Haltestellen so nah (150-200 Meter) aneinander liegen würden.

Nur der Bürgerantrag wird daraufhin zur Abstimmung gestellt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Dem Antrag wird somit zugestimmt.

c. „Errichtung einer ampelgesicherten Fußgängerüberwegung auf der Rekumer Straße in Höhe der Hausnummer 11“

Bürger A bittet den Beirat im Namen des Elternbeirats des Kinder- und Familienzentrums Farge/Rekum, den Antrag zu unterstützen. Er verdeutlicht noch einmal die Bedürftigkeit einer Bedarfsampel an der Stelle, um die sichere Überwegung zu gewährleisten.

Frau Klinkmüller merkt an, dass aber auch Eltern an der Stelle langsamer fahren sollten.

Herr Schwarz spricht sich für den Bau einer Ampel aus. Insbesondere, da sich die jetzige Tempo 30-Zone, die er auch befürwortet hatte, als ineffektiv erwiesen habe.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Dem Antrag wird somit zugestimmt.

d. „Aufstellung von Orts-Info-Tafeln“

Ohne weitere Diskussion wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Dem Antrag wird somit zugestimmt.

e. "Ausbau des Rad- und Fußweges zwischen Lüssumer Heide und Lüssumer Ring"

Frau Krohne merkt an, dass es schön gewesen wäre, wenn Karte mit dem Verlauf des Weges gezeigt worden wäre, damit ersichtlich sei um welchen Weg es hier gehe. Herr Schupp entgegnet, dass dies doch kein Problem darstellen würde und trotzdem über den Antrag abgestimmt werden könne.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.
Dem Antrag wird somit zugestimmt.

f. "Spielplatz Neubaugebiet Eva-Seligmann-Straße"

Herr Schwarz spricht sich dafür aus, dass die Missstände schnellstmöglich behoben werden sollen.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.
Dem Antrag wird somit zugestimmt.

g. "Brunnen Marktplatz"

Herr Schurr schlägt vor den Antrag bis zum Vorliegen des Verkehrsgutachten zu vertagen. Frau Krohne wundert sich und fragt, ob der Brunnen den nicht nur angeschaltet werden müsse. Die Sparkasse hätte den damals doch auch gestiftet. Herr Nowack erklärt, dass ihm die Summe von 8.000€ genannt wurde, die es kosten würde den Brunnen wieder in Betrieb zu nehmen. Die Sparkasse wolle diese Summe wohl übernehmen.

Der Antrag wird vertagt, bis das Verkehrsgutachten vorliegt.

h. "Aufklärung der rätselhaften Mess- und Analyseergebnisse am Tanklager Farge"

Herr Nowack erklärt, dass man diesen Antrag aufgrund von datenschutzrechtlichen Gründen des Krebsregisters nicht einfach so beschließen könne.

Bürgerin B trägt ihr Anliegen noch einmal dem Beirat vor und erklärt genau was sie mit den jeweiligen Fragen wissen möchte.

Für Frau Krohne ist der Antrag klar und sollte beschlossen werden.

Herr Schwarz schlägt eine Aufteilung des Bürgerantrags vor. Der erste Teil, der die Verseuchung aufklären soll, könne als Bürgerantrag unterstützt werden und der zweite Teil, der die Krebserkrankungen betrifft, soll als Forschungsauftrag des Beirats ausgestaltet werden.

Herr Schupp würde gerne Daten aus den Jahren 2012 und 2013 sowie Erläuterungen zu den Daten mitgeteilt bekommen, sofern Messungen stattgefunden haben. Dies solle mit dem Forschungsauftrag gefordert werden.

Herr Nowack stellt den geteilten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung über den 1. Teil des Antrags als Bürgerantrags und den 2 Teil als Forschungsauftrag des Beirats an den Senator für Gesundheit.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

i. "Leinenpflicht für alle Hunde ganzjährig"

Ohne weitere Diskussion wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.
Dem Antrag wird somit zugestimmt.

Bürger C empfindet das Büro des Immobilien Standortmanagement ebenfalls als verwaist, vor Allem durch die ausgehängten Plakate, die auf lange vergangene Termine hinweisen. Weiter wird in der Mühlestraße gerade ein sehr schickes neues Haus gebaut, welches ein erstes Anzeichen einer Aufwertung der Straße sein könnte. Abschließend bittet er alle Anwesenden am kommenden Freitag zur erstmaligen Spielstraße in der George-Albrecht-Straße zu kommen.

Bürger D erklärt, dass der Parkplatz in der George-Albrecht-Straße nie genutzt werde. Stattdessen sei er nur noch Ausgangspunkt von Lärmbelästigung, da dort Personen mit ihren Autos stehen und bei offenen Türen laute Musik hören würden. Er spricht sich für eine Schließung des Parkplatzes aus, da Autos dort sowieso nicht mehr abgestellt werden würden.

TOP 7: Durchbindung der Regio-S-Bahn Linie 1 – aktueller Sachstand und Perspektiven

dazu: Herr Wolfgang Golasowski (SUBV)
Herr Christoph Lankowsky (SUBV)
Herr Jürgen Motzkau (DB Netz AG)
Herr Manuel Almanzor (DB Netz AG)

Herr Nowack beginnt mit der Einleitung in das Thema und bezieht sich auf die Pressemitteilung der NWB vom 4. April 2014, in der angekündigt wurde, dass eine umsteigefreie Verbindung der Linie RS1 von Farge bis Bremen Hbf. ab Ende April doch nicht möglich sei, da auf Seiten des Deutsche Bahn Konzerns interne Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen seien. Weshalb ein Umstieg in den Hauptverkehrszeiten am Bahnhof Vegesack weiterhin nötig bleibe.

Den Blumenthalern wäre schon vor Jahren versprochen worden, dass eine umsteigefreie Fahrt von Farge bis Verden, mit Einführung des Regelverkehrs möglich sei.

In der folgenden Diskussion sollen nicht die Probleme behandelt werden, die dazu führen, dass weiterhin umgestiegen werden müsse, sondern nur eine klare Aussage getroffen werden, wann das Umsteigen wegfalle.

Herr Golasowski erklärt, dass er die aktuelle Situation auch absolut unbefriedigend finde und mittlerweile auch kein Verständnis für die Verschiebungen habe. Aus diesem Grund habe er auch den Vorstandsvorsitzenden Herrn Sennhenn der DB Netz AG angeschrieben und ihn gebeten kurzfristig eine verbindliche Planung in dem Fall vorzulegen. Diese solle dem Senator Anfang Mai zugesendet werden.

Herr Almanzor von der DB Netz AG teilt mit, dass das Stellwerk in Vegesack aktuell nicht hundertprozentig tauglich für einen S-Bankverkehr im 15-Minutentakt sei, da die Technik des Stellwerks aus dem Jahre 1931 größtenteils noch mechanischer Natur sei. Es sei dennoch eine technische Lösung gefunden worden, dass Stellwerk an den Bedarf anzupassen. Das sich dies jedoch so kompliziert darstellen würde, sei jedoch nicht bekannt gewesen. Aktuell befände man sich im Genehmigungsverfahren, dessen erster Schritt ein internes Genehmigungsverfahren einer unabhängigen Stelle der DB Netz AG sei. Anfang Mai werde eine Rückmeldung aus dem Verfahren erwartet. Wie diese Rückmeldung aussehen werde könne er jedoch nicht sagen, da möglicherweise Auflagen erteilt würden.

Herr Schwarz wundert sich, warum die Einschätzung der Technik bei dem Ausschreibungsverfahren so schwierig gewesen sei. Außerdem fragt er, ob ein Bau des Bahnhofs Farge Ost geplant sei, da er gehört habe, dass noch Mittel vorhanden seien, weil einige Projekte nicht realisiert worden seien.

Herr Golasowski erklärt, dass alle geplanten Projekte gebaut worden seien.

Herr Schurr möchte wissen, warum man bei der Ausschreibung auf das Stellwerk und etwaige Probleme aufgrund der veralteten Technik nicht genauer eingegangen sei.

Frau Krohne sieht trotz der Probleme die Vorteile, denn man müsse nun nicht mehr vom Bus zu den Gleisen laufen. Außerdem möchte Sie wissen, ob bei einem möglichen Bau des Bahnhofs „Farge Ost“ der Takt gehalten werden könne und inwiefern der eingleisige Betrieb zwischen Vegesack und Farge sicher sei.

Herr Motzkau versichert, dass der Bahnverkehr sehr sicher sei. Zu den vorherigen Fragen könne er nur sagen, dass bei der Ausschreibung die DB Netz AG beauftragt wurde zu prüfen, ob das Konzept mit den Stärken und Schwächen möglich wäre. Dies sei mit den damals vorliegenden Informationen geschehen. Ergebnis sei gewesen, dass eine solche Möglichkeit durchführbar wäre, jedoch sei man sich schon damals bewusst gewesen, dass dies eine äußerst anspruchsvolle Lösung darstellen würde. Aufgrund mangelnder Alternativen habe man sich dazu entschlossen die „Stärken und Schwächen-Lösung“ umzusetzen. In der Realisierung habe sich dann herausgestellt, dass die vorherigen Annahmen zu positiv ausgelegt wurden und erheblich mehr Probleme aufgetreten seien als vorher gedacht.

Herr Nowack möchte gerne wissen, wann eine umsteigefreie Fahrt möglich sei, sofern die Genehmigung im Mai aus der Prüfungsstelle zurückkomme, bzw. was die nächsten Meilensteine in diesem Projekt seien. Überdies bittet er den Beirat das Thema „Farge Ost“ in diesem Zusammenhang nicht zu diskutieren, da es an andere Stelle besser aufgehoben sei.

Herr Golasowski klärt noch einmal auf, dass eine Rangiermöglichkeit innerhalb von 5 Minuten nicht realisierbar sei. Außerdem sei die benötigte neue Technik bereits in dem Stellwerk eingebaut worden, jedoch fehle die Freigabe dieser Technik noch.

Herr Schurr erklärt, dass die gesamte Situation nichts mit Kundenfreundlichkeit zu tun habe und möchte wissen inwiefern Kunden einen Schadensersatzanspruch haben würden.

Herr Schwarz ist daran interessiert, wer die Kosten für die Baumaßnahmen zu tragen habe. Herr Almanzor erläutert, dass es sein könnte, dass die Genehmigung bestimmte Auflagen enthalten könnte und erst wenn diese vorliegt könne eine Prognose für den weiteren Verlauf des Projektes getätigt werden. Alles was ohne die Genehmigung verbaut werden könne, sei bereits verlegt. Die Kosten hierfür trage die DB Netz AG.

Der OAL möchte genau wissen wer die Genehmigung erteilen muss.

Herr Almanzor erwidert, dass dies eine interne Abteilung der DB Netz AG sei, die jedoch völlig weisungsungebunden entscheide. Erst wenn diese Genehmigung erteilt sei, könne der formale Weg bestritten werden und das Eisenbahnbundesamt um Zustimmung in diesem speziellen Fall gebeten werden.

Herr Nowack möchte gerne den Namen der internen Abteilung wissen.

Herr Almanzor: INVT

Frau Kröger-Schurr schlägt vor diese Stelle im Namen des Beirats anzuschreiben und um eine schnelle Bearbeitung zu bitten.

Herr Almanzor würde dies nicht tun, da dadurch meistens das Gegenteil erreicht werden würde.

Herr Schurr findet es unverständlich, warum in der Ausschreibung nicht genauso akribisch geprüft wurde, wie es in der jetzigen Genehmigung der Fall sei.

Frau Krohne ist froh, dass es jetzt schon besser ist als vor der Einführung des S-Bahn-Verkehrs und für einen Großteil der Fahrgäste sei das Umsteigen in Vegesack kein riesiges Hindernis, da nur das Gleis gewechselt werden müsse. Überdies sei an der aktuellen Situation nichts mehr zu ändern.

Herr Schwarz würde gerne noch einen Erfahrungswert wissen, wie viel Zeit nach einer Genehmigung noch vergehen würde, bis das Projekt abgeschlossen werden könne.

Herr Almanzor teilt mit, dass dies noch mehrere Monate in Anspruch nehmen werde.

Frau Schmidtke bittet Herrn Golasowski zukünftig Infos zu diesem Thema direkt zu erhalten. Herr Golasowski sichert dies zu und bittet um ein wenig Nachsicht mit den Planern. Ferner gehe er persönlich ebenfalls nicht davon aus, dass eine umsteigefreie Fahrt in den nächsten Monaten realisiert werden könne.

TOP 8: Informationen zum Flächennutzungsplan
dazu: Herr Wolfgang Thiemann

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da Herr Thiemann nicht erschienen ist.

TOP 9: Stellungnahmen:

- a. Flächennutzungsplan (Frist bis 15.05.14)
- b. Landschaftsprogramm (Frist bis 15.05.14)
- c. Lärminderung (Frist bis 30.04.14)
- d. Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und anderer schulrechtlicher Bestimmungen (Frist bis 16.05.14)
- e. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025

Herr Nowack stellt die Stellungnahmenvorschläge vor.

a. Flächennutzungsplan:

„Der Beirat Blumenthal stimmt der Flächennutzungsplanung mit einigen Ausnahmen zu.

Bei der Änderung Nr. 533_5683 (An der Landesgrenze) erwartet der Beirat, dass sich der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu seiner Aussage vom Oktober 2012 bekennt und der markierte Streifen als Wohnungsbaufäche ausweist. Der formulierte Hinweis „Die Fläche wird gem. §(1)2 BauGB als eine von der Darstellung ausgenommene Fläche dargestellt (weiße Fläche), da die Diskussionen um die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten noch nicht abgeschlossen sind.“ ist für den Beirat daher nicht ausreichend.

Als weiteren Punkt bezweifelt der Beirat die Sinnhaftigkeit des Verzichts auf die Entwicklung von Gewerbeflächen im Bereich der Hospitalstraße in Reikum. Wenn es in diesem Bereich keine Nachfrage gibt, warum entwickelt sich dann das angrenzende Gewerbegebiet Weser-Geest in der Gemeinde Neuenkirchen permanent weiter?“

Ohne weitere Diskussionen wird über die Stellungnahme abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

Die Stellungnahme ist somit beschlossen.

b. Landschaftsprogramm:

„Der Beirat Blumenthal stimmt dem Landschaftsprogramm grundsätzlich zu.

Insbesondere begrüßt er den Verzicht auf jegliche Bebauung und Freileitungen in der Reikumer Marsch.

Für den Bereich der Lagerstraße ist nach den bisherigen Diskussionen die Herstellung der Straße als barrierefreie Zuwegung zu den Gedenkstätten mit der Pflanzung von Bäumen, die den Charakter einer Allee schaffen soll geplant. Das sollte auch so im Lapro auf Seite 266 zu finden sein.

Die weiterhin vorgesehene Nutzung vieler Ackerflächen zur Erzeugung von betriebseigenem Rindviehfutter wird vom Beirat ausdrücklich begrüßt.“

Ohne weitere Diskussionen wird über die Stellungnahme abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen

Die Stellungnahme ist somit beschlossen.

c. Lärminderung:

„Der Beirat Blumenthal stimmt dem Lärminderungsprogramm zu.“

Ohne weitere Diskussionen wird über die Stellungnahme abgestimmt.
 Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
 Die Stellungnahme ist somit beschlossen.

d. Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und anderer schulrechtlicher Bestimmungen:

„Der Beirat Blumenthal stimmt dem Gesetzentwurf zu.“

Ohne weitere Diskussionen wird über die Stellungnahme abgestimmt.
 Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
 Die Stellungnahme ist somit beschlossen.

e. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025:

„Der Beirat Blumenthal stimmt dem Verkehrsentwicklungsplan 2025 nicht zu. Der Beirat bemängelt das Fehlen eines Haltepunktes Farge-Ost für den Betrieb der Regio-S-Bahn Linie 1.

Dieser Haltepunkt war von Anfang an in den Diskussionen um die Reaktivierung der Farge-Vegesacker-Eisenbahn fest verankert und ist von wesentlicher Bedeutung für die Anlieger. Hierbei handelt es sich um Bewohner der Betonstraße, der Richard-Taylor-Straße und des „Farger Feldes“, die den Haltepunkt fußläufig erreichen können. Außerdem ist dort mit der ThyssenKrupp System Engineering GmbH einer der größten industriellen Arbeitgeber Bremens angesiedelt und auch die Geschäftsführung fordert einen Haltepunkt für ein Gewerbegebiet, dass derzeit von der WFB intensiv vermarktet werden soll und für dessen Vermarktung ein ÖPNV-Anschluss ein immenser Vorteil ist.

Weiterhin fordert der Beirat die Herausnahme der Rönnebecker Straße, der Dillener Straße und der Farger Straße zwischen Kreinsloger und B 74N aus dem LKW-Führungsnetz. Diese Straßen werden mit Fertigstellung der B 74N nicht mehr als Durchgangsstraßen für den Schwerlastverkehr benötigt. Mit der Herausnahme werden die Schulen, Kitas und Altenpflegeeinrichtungen sicherer und die Vermarktung des ehemaligen Dewers-Geländes als Wohnstandort erleichtert.“

Herr Schurr teilt mit, dass man gerne über die beiden Absätze getrennt abstimmen möchte. Gegen diese Bitte gibt es aus dem Beirat keine Einwände, sodass über die Absätze einzeln abgestimmt wird.

Abstimmung 1. Absatz:

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
 Der Absatz ist somit beschlossen.

Abstimmung 2. Absatz:

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
 Der Absatz ist somit abgelehnt.

Die Stellungnahme des Beirats Blumenthal zum Verkehrsentwicklungsplan 2025 lautet somit:

„Der Beirat Blumenthal stimmt dem Verkehrsentwicklungsplan 2025 nicht zu. Der Beirat bemängelt das Fehlen eines Haltepunktes Farge-Ost für den Betrieb der Regio-S-Bahn Linie 1.

Dieser Haltepunkt war von Anfang an in den Diskussionen um die Reaktivierung der Farge-Vegesacker-Eisenbahn fest verankert und ist von wesentlicher Bedeutung für die Anlieger. Hierbei handelt es sich um Bewohner der Betonstraße, der Richard-Taylor-Straße und des „Farger Feldes“, die den Haltepunkt fußläufig erreichen können. Außerdem ist dort mit der ThyssenKrupp

System Engineering GmbH einer der größten industriellen Arbeitgeber Bremens angesiedelt und auch die Geschäftsführung fordert einen Haltepunkt für eine Gewerbegebiet, dass derzeit von der WFB intensiv vermarktet werden soll und für dessen Vermarktung ein ÖPNV-Anschluss ein immenser Vorteil ist.“

TOP 10: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **CDU – Stadtteile auch weiterhin an der Planung und Steuerung des Kindergartenjahres beteiligen**
- b. **SPD – Antrag: Verlegung der Bushaltestelle „Buschdeel“**
- c. **Die Linke – (Dringlichkeits-) Anfrage: Kurzstreckentarif neu definieren**

a. CDU – Stadtteile auch weiterhin an der Planung und Steuerung des Kindergartenjahres beteiligen

Herr Nowack erläutert, dass es zu diesem Thema bereits einen offenen Brief der Sozialsenatorin gebe. Dieser würde alle Fragen beantworten, sodass der Antrag mittlerweile nicht mehr nötig sei. Zu dem Zeitpunkt an dem er im Ortsamt eingegangen sei, war das Thema jedoch aktuell und höchst brisant.

Herr Schwarz teilt mit, dass der Antrag zurückgestellt werden könne, sofern Planungskonferenzen auch zukünftig stattfinden werden.

Frau Schmidtke teilt mit, dass sie überall die Antwort bekommen habe, dass die Rechte der Beiräte nicht beschnitten werden.

Der Antrag wird somit auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

b. SPD – Antrag: Verlegung der Bushaltestelle „Buschdeel“

Frau Krohne möchte gerne wissen, ob es um die Haltestelle am Altenheim handele. Dies wird von mehreren Beiratsmitgliedern verneint.

Über den Antrag wird ohne weitere Diskussion abgestimmt.

Ergebnis: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 6 Enthaltung

Der Antrag wird somit beschlossen.

c. Die Linke- (Dringlichkeits-) Anfrage: Kurzstreckentarif neu definieren

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltung

Die Dringlichkeit ist somit nicht gegeben und über die Anfrage wird in der Sitzung am 19. Mai diskutiert.

TOP 11: Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

- | | |
|---------------------|--|
| 01. Mai 2014 | Maifeiertag |
| 03.05.14, 11 Uhr: | 25 Jahre „Statt-Theater“ im Kulturbahnhof |
| 03.05.14, 14 Uhr: | Lottopokal-Halbfinale Blumenthaler SV – Sparta Bremerhaven im Burgwallstadion |
| 05.05. 2014: | Baubeginn für den Spielraum Bahrsplate |
| 10.05.2014, 13 Uhr: | Eröffnung der Begegnungsstätte der „Glücklichen Gartenfreunde“ mit Bürgermeister Jens Böhrnsen |

- 12.05.2014, 18.30 Uhr: öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendangelegenheiten in der OS an der Lehmhorster Straße
- 16.05. bis 18.05.2014: 3. „Feuer und Wein“ auf der Burg Blomendal
- 19.05.2014 19 Uhr: öffentliche Sitzung des Beirats Blumenthal im SZ Eggestedter Straße u.a. mit den Themen „Aktuelle Situation im Bereich Inneres und Sport“ mit Innensenator Ulrich Mäurer und Kriminalstatistik mit PI-Chef Kevin Hamann.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.58 Uhr.

Vorsitzender

Beirat (Herr Geis)

Protokoll